

FRAGE

Die EZB fährt eine expansive Geldpolitik und hat den Leitzins bis auf ein Rekordtief von 0,0 Prozent gesenkt. Seit März 2015 erwirbt sie Staatsanleihen der Euro-Länder, seit Juni 2016 auch Anleihen von Unternehmen mit hoher Bonität. Das auf 1,74 Billionen Euro angelegte Programm soll noch bis mindestens Ende März 2017 laufen. Halten Sie das Programm für erfolgreich, indem es die Ziele der EZB - ein Verhindern des Abrutschens der Euro-Zone in die Deflation und die Reduktion der kurz- und langfristigen Zinsniveaus am Kredit- und Kapitalmarkt - erreicht hat?

Die EZB plant, das Anleihekaufprogramm nun Ende März 2017 zu beenden. Zuletzt hat u.a. der Sachverständigenrat gefordert, das Programm früher zu beenden. Soll die EZB ihr Anleihen-Kaufprogramm vorzeitig zurückführen?

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Die Menschen reagieren leider anders als die Zentralplaner der EZB das wollen - u.a. (wie Dänemark bereits sehr deutlich macht) durch Erhöhen der Ersparnis angesichts späterer Ausfälle. Ökonomie ist komplexer, als sich das manche denken.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine langsame Rückführung ermöglicht einen sanften Übergang.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Politiker konnten unter der EZB-Politik bequem abtauchen, die in allen EU-Ländern fehlenden Strukturreformen usw. waren die Folge und werden die Ursachen der nächsten Krise werden. Zerstört wurde der Transmissionsriemen über Banken und Versicherungen.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das eigentliche Ziel muss doch lauten „Investitionen erleichtern“. Hierfür ist das Programm letztlich ungeeignet. Die Fragen oben sind m.E. unglücklich gestellt.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Im Euro-Raum verdichten sich mehr und mehr die Anzeichen, dass die seit langem extrem expansive Geldpolitik inzwischen an die Grenzen ihrer Wirksamkeit stößt. Die von der EZB bereitgestellte Zentralbankliquidität geht weit über die Nachfrage hinaus. Kreditvergabe, Wirtschaftswachstum und Inflation werden durch weitere expansive Maßnahmen offenkundig nicht mehr angeschoben. In diesem Umfeld bewirken zusätzliche expansive Impulse der Geldpolitik kaum noch etwas Nützliches. Die Investitionsnachfrage reagiert jedenfalls nicht mehr auf sinkende Zinsen, und das bisherige Aufkaufprogramm der EZB ist nahezu vollständig in die Überschussreserve geflossen. Dafür zahlen die Geschäftsbanken im Euro-Raum zurzeit im Monat fast 350 Millionen Euro an die EZB, mit steigender Tendenz. Aus dem Versuch, Kredite und Inflation mit geldpolitischen Krisenmaßnahmen anzukurbeln, wurde letztlich eine „Sondersteuer“ für gesunde und liquide Banken.



Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Sofortige Reduzierung der Anleihekäufe, um negative Nebenwirkungen des Programms zu verringern. „Tapering“ ist notwendig, um Marktverwerfungen, die mit einem abrupten Ende verbunden wären, zu vermeiden

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Mit dem Anleihenkauf greift die EZB verfälschend in den Wettbewerb ein. Das ist eine eindeutige Mandatsüberschreitung.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Wirtschaft der Eurozone befindet sich in einer klaren Expansionsphase. Eine geldpolitische Stimulierung ist daher völlig überflüssig. Es überwiegen die Risiken von Kollateralschäden - insbesondere die Unterlassung in verschiedenen Euro-Ländern von haushaltspolitischen Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die europäischen Strukturprobleme kann man nicht mit der Geldpolitik lösen. Je länger das Programm läuft, umso größer werden die negativen Nebenwirkungen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Vermutlich wird die EZB das Programm - nach der US-Wahl - noch mindestens zwei Jahre verlängern.

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Verhindert Strukturreformen in Südeuropa und schädigt deutsche, österreichische, niederländische etc. Sparer

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Man sollte bei der „forward guidance“ bleiben und jetzt keine „Schocks“ auslösen

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es sieht ja so aus, dass die Inflation langsam anzieht und eine Rückführung daher möglich ist.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Solange es fiskalpolitisch nicht zu einer Expansion kommt, ist QE notwendig, um die Nachfrage über eine Abwertung des Euros zu stabilisieren. Diese „beggar-thy-neighbor“-Politik wird aber der Rest der Welt nicht dauerhaft zulassen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die EZB bewegt sich außerhalb ihres Aufgabengebiets.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Niedrigzinsphase bringt erhebliche Kollateralschäden mit sich, insbesondere für Deutschland und insbesondere für Sparer, für die kapitalgedeckte Altersvorsorge (Lebensversicherung, Pensionskassen, Versorgungswerke) und Gesundheitsvorsorge. Sie soll wohl auch die Staatsschuldenkrise bewältigen helfen, was offenbar nicht gelingt; denn die Haushaltsdisziplin wird dadurch anscheinend nicht gefördert, gerade auch nicht in den Schuldenstaaten.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Transmission der Geldpolitik ist nach wie vor erschwert. Während die Geldbasis (M0) mit hohen Raten wegen der EZB Maßnahmen expandiert, sind beim inflationsrelevanten Aggregat M3 keine starken Effekte angekommen. Die Inflation liegt nach wie vor deutlich unter dem Zielwert und wird eher vom Ölpreis bestimmt.

FRAGE

Die schwierige Ratifizierung des CETA-Abkommens mit Kanada, die schleppenden TTIP-Verhandlungen mit den USA, die Positionen eines US-Präsidentschaftskandidaten zum Freihandel und zunehmender Widerstand auch in Deutschland gegen die Globalisierung stellen den zukünftigen Wachstumsbeitrag des Welthandels in Frage. Aufgrund der Brexit-Entscheidung hatte der IWF im Juli die Wachstumsprognose für Großbritannien für 2017 bereits um 0,8 Prozentpunkte gesenkt (1,3% statt 2,1%) - für alle übrigen Länder im Durchschnitt um 0,1 Prozentpunkte. Beobachten Sie aktuell einen Rückgang der Globalisierung („De-Globalisierung“)?

Welchen Effekt erwarten sie bei Fortsetzung des De-Globalisierungstrends auf die Wachstumsrate des globalen BIP in den Jahren 2017 bis 2020?

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Der Freihandel hat zuletzt Gegenwind bekommen. Dabei sind die Vorteile klar: zusätzliche Exportchancen, günstigere Importe und mehr Auswahl für Wirtschaft und Verbraucher. Damit einhergehen muss der Erhalt europäischer Schutzstandards.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

China als Wachstumsmotor orientiert um - daher ist der Effekt vor allem ein „westlicher“.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Leider ist das seriös nicht zu beantworten, weil das Ausmaß einer möglichen De-Globalisierung nicht abzuschätzen ist.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

TTP, TTIP, CETA wirken tendenziell de-globalisierend bzgl. der Nicht-Unterzeichnerstaaten. Es sind spezifische Integrationsverträge und keine wahren Freihandelsabkommen. Nationale Industriepoli-



tiken nehmen zu (Politiker suchen kompensierende Gestaltungsmöglichkeiten) und die Akzeptanz der Globalisierung in der Bevölkerung sinkt, da die real lebenden, betroffenen Verlierer nicht voll kompensiert werden, was in der Theorie unterstellt wird.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
Der Effekt wird recht gering sein, weil die Rückschritte bei der Globalisierung auch gering ausfallen.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Effekte sind kaum seriös zu kalkulieren.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Bei zunehmenden Handelsprotektionismus kommt es unweigerlich zu Fehlallokationen auf den Faktor- und Gütermärkten und damit zu Effizienzverlusten, die das Wirtschaftswachstum abschwächen. Die Globalisierungsgegner, die so lautstark von sich reden machen, haben von Außenwirtschaftstheorie keine Ahnung und verdrängen die schlechten Erfahrungen, die in der Geschichte mit dem Protektionismus gemacht wurden - in den Industrieländern vor allem in den 1930er Jahren ('beggar-my-neighbour-policy'), in den Entwicklungsländern in den 1950er und 1960er Jahren (eine den Binnenmarkt abschottende 'Importsubstitutionspolitik'). Natürlich gibt es bei einem globalisierten Wettbewerb Verlierer, wie bei jedem Wettbewerb. Um diesen Kreis möglichst klein zu machen, ist die Bildungspolitik gefordert. Qualifizierung ist das Maß aller Dinge.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Ich glaube nicht an einen De-Globalisierungstrend.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Der Welthandel entwickelt sich bereits seit 2012 vergleichsweise schwach. Ein Faktor dafür dürfte sein, dass sich das Tempo bei der Schaffung globaler Wertschöpfungsketten erheblich verlangsamt hat.

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Es ist zu wenig für die Verlierer der Globalisierung getan worden. Das rächt sich jetzt politisch in den USA und Europa. Der ungehemmte Finanzkapitalismus steht im Widerspruch zur sozialen Marktwirtschaft

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Die Länder werden wohl zur Fiskalpolitik zurückkehren und damit jenen Dogmatismus überwinden, der uns in die jetzige Krise geführt hat: zunehmende Ungleichheit und wirtschaftliche Abhängigkeit von Finanzmarktblasen.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

TTIP ist mit der Wahl Donald Trumps tot. Aber auch existierende und ökonomisch erfolgreiche Projekte wie NAFTA sind nun akut gefährdet. Dies könnte beispielsweise Mexiko und damit Lateinamerika weiter destabilisieren.



FRAGE

Wie bewerten Sie die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA hinsichtlich möglicher Folgen für die US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft (in Schulnoten)?

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Man weiß nicht was kommt - aber es hat seine positiven Seiten, dass die Probleme des Zerfalls der Gesellschaft irgendwann einmal bei den sog. Eliten ankommt und man rechtzeitig gegensteuern kann. Ob Trump die richtige Lösung ist - Zweifel sind angebracht.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Man weiß fast nichts über seine „wahren“ Ziele, aber alleine die Tatsache, dass es kein kohärentes wirtschafts- und finanzpolitisches Programm einer neuen US-Administration gibt, ist eine Katastrophe.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Das demokratische Ergebnis ist ohne Wenn und Aber zu respektieren, ein weiter so (à la H. Clinton) führt nicht weiter (außer in die Flucht in die Außenpolitik). Mehr Ausgaben für bessere Bildung und Infrastruktur sind dringend notwendig - auch bei uns. Fiskal- insb. Ausgabenpolitiken unter das ökonomische Kalkül (Rendite i.w.S.) zu stellen, ist notwendig - auch bei uns. Warum soll die USA weiter Betrugssoftware importieren statt Tesla zu exportieren? Chancen des Wandels sind zu erkennen und zu unterstützen, nicht kleinzureden (mit Noten 4,5,6). Zu allen Investitionsbereichen in den USA können wir notwendige Güter exportieren. Das Ausmaß des befürchteten Protektionismus bleibt begrenzt (Dank eigener Interessen).

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Trump wird in Bezug auf Protektionismus nur einen Bruchteil dessen durchsetzen, was er angedroht hat.

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

1. Das US-amerikanische Wahlsystem hat jämmerlich versagt (Kandidaten-Kür + Wahl) 2. Abwarten, ob Trump als Sprüchemacher im Wahlkampf anders ist als Präsident

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Bisher sind die von Trump verkündeten Visionen allesamt Rückschritte (ökonomisch wie gesellschaftlich).



Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Es ist fraglich, ob die im Wahlkampf skizzierten Maßnahmen das Wirtschaftswachstum in den USA tatsächlich über einen längeren Zeitraum hinweg auf Raten von 3,5 bis 4 % steigern können. Die protektionistischen Vorhaben sprechen - für sich genommen - sogar für Wachstumseinbußen in den USA und für die Weltwirtschaft.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Kurzfristig positiver Wachstumseffekt bei Umsetzung der Steuersenkungspläne und Ausgabenprogramme, langfristig negative Effekte durch verstärkten Protektionismus

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Wie Trumpconomics konkret aussehen wird, ist noch völlig unklar. Ich erwarte, dass die zum Teil extremen Aussagen während des Wahlkampfes unter dem Motto „America first“ und daraus folgende Einfuhrbeschränkungen, eine Benachteiligung ausländischer Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie eine restriktive Migrationspolitik im Kongress wegen der kontraproduktiven Nebenwirkungen abgeschwächt werden. In der Fiskalpolitik werden die Abgeordneten ebenfalls sehr genau prüfen, ob die angekündigten Steuersenkungen für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen in Verbindung mit kräftigen öffentlichen Ausgaben zum Ausbau der Infrastruktur das Staatsdefizit zu sehr in die Höhe treiben und dem Land letztlich schaden würde. Ich vertraue auf den in den USA gut eingeübten Mechanismus der „checks and balances“.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Nach dem Brexit war Trumps Wahlsieg für mich leider keine Überraschung mehr. Vieles hängt jetzt davon ab, wen er als Berater aussucht. Leider ist davon auszugehen, dass viele ernstzunehmende Ökonomen keine Lust haben, Trump zu beraten, und er auch keine Lust hat, sich von ihnen beraten zu lassen, da sie sich bereits im Vorfeld als Gegner geoutet haben. Dann besteht tatsächlich die Gefahr, dass Trump seine Ankündigungen zur nationalen und insbes. internationalen Wirtschaftspolitik wahrmacht. Aber vielleicht ändert sich da ja noch etwas. Von einer völligen Abkehr von Obama-Care ist ja plötzlich auch keine Rede mehr.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Da wir nicht wissen, was der Präsident Trump (im Gegensatz zum Wahlkämpfer Trump) wirklich will, sollten wir zunächst abwarten und die Entwicklung unaufgeregt analysieren.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Demokratischer als dort, wo den Wählern die Kandidaten von den etablierten Parteien vorgesetzt werden. Ein charismatischer Mensch muss z.B. in D. eine Partei gründen, wenn er unzufriedenen Wählern eine politische Alternative eröffnen will, von den Beleidigungen und Anfeindungen, denen er sich aussetzt, ganz abgesehen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es ist kaum bekannt, was Trump als Präsident konkret vorhat. Was er angekündigt hat, ist besorgniserregend. Was er davon umsetzen wird bzw. kann, ist DIE große Unbekannte des Jahres 2017.



Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Kennzeichnend für Trumps wirtschaftliche Pläne ist bislang vor allem eines: Widersprüchlichkeit.

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Sanders hätte die Präsidentschaftswahl gewonnen, aber fragwürdige Methoden des Clinton-dominierten demokratischen Establishments haben seine Wahl verhindert. Ob in Sunderland, Mannheim, Wien oder den neuen Swingstates Pennsylvania, Wisconsin, Michigan, die vernachlässigte untere Mittelklasse stellt die neuen Wutbürger, die rechtspopulistischen Heilsbringern verfallen, die ihre Probleme nicht lösen, sondern verschärfen werden.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Ökonomisch gesehen wahrscheinlich eine folgenschwere Fehlentscheidung, politisch und gesellschaftlich eine mittlere Katastrophe.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Unsicherheit ist riesig, man weiß nicht, was kommen wird.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Die USA haben sehr gute Checks-and-Balances. Oft werden solche Checks-and-Balances als Blockademittel kritisiert, insbesondere auch von deutschen Politiker*innen. Sie sind aber extrem wichtig, um die Macht der Politik einzuschränken. Dank guter Checks-and-Balances ist das Ergebnis in den USA nicht katastrophal. Darüber hinaus, passen sich Politiker*innen auch ihrem Amt an, d.h. man könnte erwarten, dass sich auch Trump als Präsident aller gibt.

Prof. Dr. Rolf Kreibich ehem. Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Entspricht der von Präsident Bush eingeleiteten Verrottung, Verdummung und Entdemokratisierung der USA.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Trump ist sehr schwer einzuschätzen. Er hat große Budgetdefizite und Steuersenkungen angekündigt für den Fall seiner Wahl. Dies kann expansiv wirken, sofern nicht nur die Steuern der Superreichen weiter reduziert werden.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Ja, die Tendenzen der De-Globalisierung werden zunehmend wirksam



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Leicht verbessert

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Aus den USA (Trump) und UK (Brexit) sowie EU (Transferunion) kommen erhebliche Belastungen. Die hohen Energiekosten belasten bald zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

ja durch die US Wahlen

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Ja, da Märkte nicht negativ auf Trump Wahl reagiert haben.

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

gering

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nein

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ja.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

nein

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

nein

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Nein

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

ja



Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

nein

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

nein

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

leicht verbessert

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

nein

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

etwas optimistischer

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

nein

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Verbessert

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

nein

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

ja

Matthias Thiel Europa-Volkswirt mit Schwerpunkt Deutschland, BNP Paribas:

Nein.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Mit der Wahl von Trump sind zusätzliche Unsicherheiten entstanden!



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Ausgang der US-Wahlen schafft erhebliche Unsicherheit!

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

nein

Prof. Dr. Rolf Kreibich ehem. Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

leicht verbessert

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

nein

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Dank des Wahlsiegs von Mr. Trump sinkt meine Einschätzung von 6 auf 2!

Prof. Dr. Alfred Greiner Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

nein

Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

nein

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ja. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsident ist ein signifikanter negativer Schock für den globalen Konjunkturausblick.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Trump wird gewinnen

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

US Wahl



Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein